

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umweltausschuss**

42. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. September 2002, 10:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 383 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Frauke Tengler (CDU)

Vorsitzende

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Wilhelm-Karl Malerius (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Ursula Sassen (CDU)

Jutta Scheicht (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Joachim Behm (FDP)

i.V. von Dr. Christel Happach-Kasan

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i.V. von Irene Fröhlich

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. a) Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1351 Nr. 1	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1644	
<b>b) Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinien</b>	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1567	
<b>c) Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein</b>	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1565	
<b>2. a) Nachhaltige Wasserwirtschaft</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1821	
<b>b) Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein</b>	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1829	
<b>3. Ziele und Instrumente des Naturschutzes in Schleswig-Holstein</b>	<b>9</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1574	

**4. Bericht über Planungen für eine feste Fehmarnbeltquerung** **10**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1937

**5. Verschiedenes** **11**

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1351 Nr. 1

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1644

siehe hierzu: Umdrucke 15/2002, 15/2045

(überwiesen am 21. Februar 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Umweltausschuss)

**b) Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinien**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1567

(überwiesen am 21. Februar 2002)

**c) Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1565

(überwiesen am 21. Februar 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle übrigen Ausschüsse)

Abg. Nabel führt aus, dass der Innen- und Rechtsausschuss sich grundsätzlich mit dem Thema Verwaltungsstrukturreform beschäftigen wolle und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 1 zurückzustellen, bis der Innen- und Rechtsausschuss ein Signal gibt, dass die Beratungen so fortgeschritten sind, dass ein Votum erwünscht ist.

Die Vorsitzende schlägt vor, über die Einzelpunkte getrennt zu befinden. - Der Ausschuss schließt sich dem an.

Einstimmig stellt der Ausschuss die Tagesordnungspunkte 1a und 1b zurück.

Ebenfalls einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Bericht der Landesregierung über Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/1565, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**a) Nachhaltige Wasserwirtschaft**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1821

(überwiesen am 15. Mai 2002 an den Umweltausschuss, den Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

**b) Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1829

(überwiesen am 15. Mai 2002 an den Umweltausschuss und den Agrarausschuss)

Abg. Sassen bezieht sich auf den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und trägt vor, obwohl sich ihre Fraktion dem Antrag weitgehend anschließen könne, sollten einige Punkte überdacht werden:

Erstens. Es sollte darüber nachgedacht werden, ob die Entsorgung weiterhin hoheitliche Aufgabe sein sollte.

Zweitens. Den Begriff „Liberalisierung“ im Zusammenhang mit der Wasserwirtschaft zu gebrauchen, halte sie für nicht sinnvoll; hier sollte man darüber nachdenken, einen anderen Begriff zu wählen.

Drittens. Nachzudenken sei auch über den Begriff der „bewährten Strukturen“.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Beratung des Antrags bis zur Beratung über die anstehende Novelle des Landeswassergesetzes zurückzustellen und in die dann geplante Anhörung einzu beziehen.

Abg. Jacobs betont, der vorliegende Antrag habe eine Art Appellcharakter. Er spricht sich dafür aus, diesen so schnell wie möglich zu verabschieden und die Landesregierung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Abg. Behm greift den Vorschlag der Vorsitzenden auf und stellt den Antrag, eine Anhörung durchzuführen.

Abg. Sassen geht auf die Ausführungen von Abg. Jacobs ein und schlägt vor, Formulierungen zu wählen, die weniger starr sind.

Abg. Hentschel vertritt die Auffassung, dass der Antrag der von Abg. Sassen vorgetragene Intention entspricht. Erstens lehne er eine Liberalisierung des Wassemarktes ab. Zweitens soll auf eine weitere Effizienzsteigerung hin hingearbeitet werden. Drittens sei im dritten Absatz Flexibilität angesprochen.

M Müller legt dar, die Landesregierung wäre dankbar, wenn der Landtag einen entsprechenden Beschluss fasste, der die Linie der Landesregierung unterstütze. Der Interpretation von Abg. Hentschel könne er nur zustimmen. Auf die Argumentation von Abg. Sassen eingehend, legt er dar, dass an bewährten Strukturen festgehalten werden sollte, nicht bewährte sollten verändert werden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag - vorbehaltlich der Zustimmung der beteiligten Ausschüsse - mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und FDP, den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/1821, in unveränderter Fassung anzunehmen.

Weiter empfiehlt der Ausschuss dem Landtag - vorbehaltlich der Zustimmung des beteiligten Agrarausschusses - einstimmig, den Bericht der Landesregierung über die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/1829, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Ziele und Instrumente des Naturschutzes in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1574

(überwiesen am 21. März 2002 an den Umweltausschuss und den Agrar-  
ausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Nabel beantragt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, und begründet dies mit der krankheitsbedingten Abwesenheit der Vertreterin der antragstellenden Fraktion. - Der Ausschuss beschließt in diesem Sinn.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht über Planungen für eine feste Fehmarnbeltquerung**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1937

(überwiesen am 21. Juni 2002 an den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss)

Der Ausschuss schließt sich dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an, dem Landtag zu empfehlen, den Bericht der Landesregierung über Planungen für eine feste Fehmarnbeltquerung zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Die Vorsitzende berichtet, dem Umweltausschuss und dem Europaausschuss seien die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die auf der 10. Ostseeparlamentarierkonferenz gebildet worden sei, um Vorschläge für die 11. Ostseeparlamentarierkonferenz zum Thema maritime Sicherheit auf der Ostsee zu erarbeiten, zugeleitet worden. - Das Exemplar wird Abg. Malerius zur Einsichtnahme übergeben.

M Müller berichtet kurz über den vom Kabinett zur Kenntnis genommenen Abfallwirtschaftsplan Schleswig-Holstein, Teilplan Siedlungsabfall (Umdruck 15/2543).

Auf die Frage der Vorsitzenden, in welcher Weise das Ministerium in Nordfriesland Hilfe anbiete, antwortet M Müller, das Ministerium habe bereits vor zwei Jahren angeboten, „hinter den Türen“ Alternativen aufzuzeigen. Sie lägen darin, sich vor Ort für eine mechanisch-biologische Anlage zu entscheiden oder eine Kooperation einzugehen. Für Nordfriesland sei die anstehende Entscheidung sicherlich nicht einfach. Man habe nämlich einen Vertrag geschlossen, der eine finanziell günstige Versorgung sicherstelle, allerdings auf der Basis des Baus einer Müllverbrennungsanlage. Nun werde darüber diskutiert, ob man bereit sei, einen höheren Preis zu zahlen, oder gegen den Widerstand der Bevölkerung an dem Vertrag festzuhalten.

Auf eine Nachfrage der Vorsitzenden hinsichtlich des Vertrages führt M Müller aus, dass nach seiner Kenntnis der Vertrag in einer Art und Weise abgefasst sei, dass dem Kreis fasst jeder juristische Ärger vom Halse gehalten werde.

Auf eine Frage des Abg. Behm verweist M Müller auf die Karte in der Anlage 3, die alle zurzeit notwendigen Standorte nach der Prognose des Ministeriums abdeckten und abbildeten. Unklar sei derzeit, was in Nordfriesland passieren werde. Hier berate das Ministerium hinsichtlich der technischen Umsetzung und bezüglich einer kreisübergreifenden Kooperation.

Abg. Nabel bedankt sich beim Minister dafür, dass er sich intensiv und hinter verschlossenen Türen um das Problem gekümmert hat. Seiner Fraktion gehe es darum - so legt er dar -, dass eine Kooperation von unten auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit entwickelt wird. Danach sei es nicht notwendig, eine weitere Müllverbrennungsanlage in Schleswig-

Holstein zu bauen; die Kapazitäten seien ausreichend. Deshalb halte er eine Kooperation geradezu für geboten. Es bestehe Interesse daran, dass das Problem möglichst bald gelöst werde. Deshalb bitte er den Minister noch einmal, alles zu versuchen, um bis zum Ende des Jahres eine Lösung herbeizuführen.

Die Vorsitzende schlägt vor, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. - Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Auf Vorschlag von Abg. Jacobs beschließt der Ausschuss, die für den 6. November 2002 vorgesehene Sitzung zu streichen.

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, schließt die Sitzung um 10:50 Uhr.

gez. Frauke Tengler  
Vorsitzende

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin